

Objektyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **2 (1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

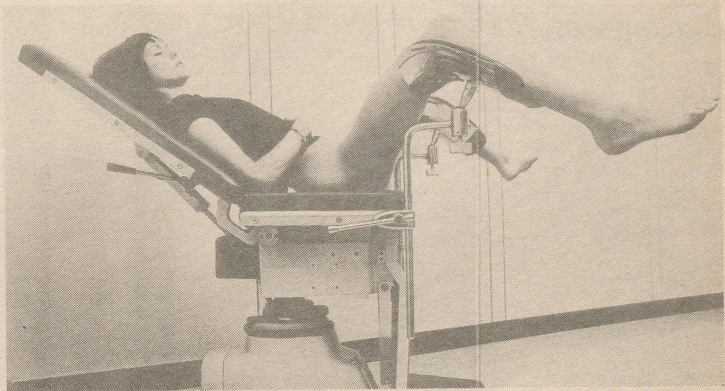
<http://www.e-periodica.ch>

Emanzipation

Zeitung der Progressiven Frauen Schweiz (PFS)

EMANZIPATION POSTFACH 338 4001 BASEL/ ERSCHEINT 10 MAL JAEHRLICH, MIT ZWEI MAGAZINEN/ HERAUSGEBER: REDAKTION DER PFS/ DRUCK: ROPRESS/-IM ABO 5.-FR.

Gynäkologische Vorsorgeuntersuchungen Nur ein kleiner Teil von dem, was auf die Frauen zukommt



"Emanzipation" hatte die Gelegenheit mit Herrn von Schroeder, Präsident des Konkordates der Schweizerischen Krankenkassen und Herrn Müller, Präsident der Betriebskassen, ein Gespräch über die Streichung der gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen und die kommende "kleine Revision" des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes zu führen.

"Emanzipation": Herr von Schroeder, Sie sind der Präsident des Schweizerischen Krankenkassenkonkordates, können Sie uns sagen, was das Krankenkassenkonkordat dazu bewegen hat, die Empfehlung an die Kassen herauszugeben, die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr zu bezahlen?

Herr von Schroeder: Dieser ominöse Beschluss ist nicht vom Konkordat her gekommen. An einer Delegiertenversammlung ist vom Kanton Aargau das Gesuch an uns gelangt, im Namen einer Sparaktion die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr zu bezahlen. Wir haben diesen Auftrag entgegengenommen. Andere Kantone haben das Anliegen des Kantons Aargau unterstützt. Wir wollen es allerdings nicht dabei bewenden lassen, sondern wir wollen mit der Ärzteschaft und anderen interessierten Kreisen zusammensitzen, um zu einer vernünftigen Lösung zu gelangen. Es geht dabei vor allem um die Ärzdetarife. Bei einem Arzt kostet die Untersuchung Fr. 50.- bei anderen Fr. 170.-. Wir sind deshalb zuerst einmal mit den Ärzten zusammengesessen, um herauszufinden, was bei einer solchen Untersuchung alles notwendig ist, und was sie kostet. Die Untersuchung sollte die ersten drei Jahre jährlich vorgenommen werden. Wenn der Befund dreimal negativ ist, genügt es, wenn man alle zwei Jahre die Untersuchung wiederholt. Wir schlagen einen Durchschnittspreis von Fr. 50.- bis Fr. 60.- vor. Weder das Konkordat noch die Verbindung der Schweizer Aerzte kann einen Vertrag abschliessen. Dies muss auf kantonaler Ebene geschehen. Wir würden es begrüßen, wenn in den Kantonen die Frauenverbände mithelfen, dass eine Vereinbarung zustande kommt. Sie sind in dieser Frage eine wichtige politische Kraft.

"Emanzipation": Die Bundessubventionen an die Kassen müssen also mit weniger Geld auskommen. Hat das Konkordat Vorstellungen, wo gespart werden könnte?

Herr von Schroeder: Wir können die Ärzdetarife nicht wirklich kontrollieren. Wir brauchen deshalb im Gesetz neue Möglichkeiten um besser eingreifen zu können; um dort eingreifen zu können, wo wir das Gefühl haben, dass mehr in Rechnung gestellt wird als Leistungen erbracht worden sind. An den Leistungen können wir nicht mehr sparen. Zurückhaltend sind wir mit neuen Leistungen, denn sie bedeuten sofort Prämienhöhung. Wir sind der Meinung, dass die Prämien an der oberen Grenze sind, insbesondere im Welschland. Dort haben wir zunehmend Austritte aus den Krankenkassen. Und das ist ja nicht das, was wir wollen.

"Emanzipation": Kürzlich sind die Thesen des Bundesamtes für Sozialversicherungen an die Öffentlichkeit gebracht worden. Könnten Sie kurz dazu Stellung nehmen?

Herr von Schroeder: Wir sind der Auffassung, dass der Hauptinhalt der Thesen eine weitere Reduktion der Bundessubvention ist. Es wurde ziemlich deutlich gesagt, dass man am besten spart, indem man weniger Geld zur Verfügung stellt. Ich kann diese Beweisführung nicht akzeptieren. Wir, die Kassen, können ja nicht sparen. Wir haben nur ein Ventil, wir müssen die fehlenden Gelder bei den

Forts. Seite 2

Lieber ein Mann und gesund als eine Frau und krank

Frauen müssen sich unbedingt genau über ihre Situation informieren, wenn sie sich erfolgreich wehren wollen! Dass sie sich massiv wehren müssen, wenn sie nicht die grossen Verlierer der kommenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes sein wollen, wird jeder Frau offensichtlich, die die entsprechenden Bestimmungen und Vorschläge genau

liest. Unsere Broschüre "Lieber ein Mann und gesund als eine Frau und krank", soll helfen, die nötigen Informationen für einen erfolgreichen Kampf um eine soziale Krankenversicherung zu führen.

- Sie orientiert über:
- Entstehung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes
 - Mutterschaftsversicherung
 - Benachteiligung der Frauen in AHV, IV, Krankenversicherung

Ich bestelle die Broschüre "Lieber ein Mann und gesund als eine Frau und krank" Autorinnenkollektiv der PFS Preis: Fr. 2.80

Name:
Beruf:
Strasse:
PLZ/Ort:
Unterschrift:
Einsenden an: Postfach 338
4001 Basel
PC 40-15637

Was bringt die kleine Revision den Frauen?

Die "kleine Revision" des Krankenversicherungsgesetzes wird gegenwärtig vorbereitet. Sie ist nötig geworden, nachdem im September 1974 das Volk die Initiative der SPS und Gewerkschaften sowie den Gegenvorschlag des Bundes verworfen hat. Kürzlich publizierte nun das Bundesamt für Sozialversicherung Thesen zur "kleinen Revision". Sie sind zwar unverbindlich, dennoch lohnt es sich, sie genau anzuschauen. Der wichtigste Punkt betrifft die Finanzierung der Krankenkassen. Obwohl die Kassen das Geld dringend nötig haben, sind die Bundessubventionen ja gekürzt worden. Die "kleine Revision" sieht nun nicht etwa mehr Bundessubventionen vor, sondern nur eine Umverteilung der Gelder. Auf den ersten Blick sieht das nicht schlecht aus: Die niedrigen Einkommen sollen subventioniert werden, also die, die durch Prämien und Franchisen besonders belastet sind. Für die Frauen allerdings wäre eine solche Umverteilung verheerend, da etwa 2/3 der Subvention bisher den Frauen zu-

gute kam. Die Folgen sind noch gar nicht absehbar. Entweder steigen dann die Frauenprämien ins Unermessliche - das Krankenkassenkonkordat spricht von Erhöhungen der Prämien für die Frauen um 40 bis 50% - oder es steigen sowohl Frauen- als auch Männerprämien. Dann ergibt sich aber die Gefahr, dass Männer in private Kassen abwandern. Es gäbe dann reine Männerkassen mit Mitgliedern, die ein kleines Krankheitsrisiko haben und auch niedrige Prämien bezahlen. Was den Frauen und auch den Betagten dann blüht, kann eigentlich noch niemand sagen. Dem Vorschlag, die viel zu kleinen Subventionen einfach umzuverteilen, können wir auf keinen Fall zustimmen. Was es in der heutigen Situation braucht, sind mehr Subventionen. Es soll auch endlich der Grundsatz "Gleiche Prämien für Mann und Frau" verwirklicht werden. Zu einem wirklichen Schutz vor den finanziellen Folgen des Krankseins gehören unserer Meinung nach auch Kostenlimes für Spitalgebühren für Arzthonorare und Arzneimittelpreise.

Inhalt

Sind Frauen mehr krank als Männer?

Eine Frauenärztin zur gynäkologischen Vorsorgeuntersuchung

Petition an den Bundesrat

AZ 8026 Zürich

Schw. Sozialarchiv
Nummer 28
1001 Zürich